Stadtzeitung der
Deutschen Kommunistischen Partei
Mörfelden

Nr. 77 · Mai 1977

blick punkt

Macht die Fusion rückgängig!

Die Bürger von Mörfelden und Walldorf haben langsam die Nase voll. Seit vielen Monaten geht jetzt schon der Hickhack um die Fusion. Nun erhitzt der Streit um die Namensfrage erneut die Gemüter. In Walldorf haben sich viele für den Namen „Waldfelden" ausgesprochen – darunter sind groteskerweise viele Einwohner, die für den Erhalt des Namens Walldorf sind. Diese getäuschten Bürger, denen man gesagt hat, nur so könne der Name Walldorf als Stadtteilbezeichnung erhalten bleiben, werden jetzt von den Walldorfer Parteien ins Feld geführt.

Sicher ist aber, wenn der von Wiesbaden geforderte Namen „Waldfelden" erst einmal eingeführt ist, dann werden die traditionellen Stadtnamen Mörfelden und Walldorf allmählich verschwinden.

In Mörfelden, wo eine starke DKP und eine aktive überparteiliche Bürgerinitiative gegen Fusion und Namensverlust wirkt, will die Bevölkerung und alle politischen Parteien, daß die Stadt „Mörfelden-Walldorf" heißen soll.

Die Leidtragenden bei diesem politischen „Ohnesorg-Theater" sind die Bürger. Es zeigt sich, der ganze Fusions-Ärger beginnt jetzt erst richtig, alle seit Jahren formulierten Gegenargumente haben sich bewahrheitet. Namensfrage und Straßenumbenennungen sind dabei nur ein Teil des Problems. Es wird nichts einfacher, es wird nichts besser und nichts billiger.Und es wird nicht mehr lange dauern, dann schlagen die Herren noch ein neues zentrales Rathaus vor. So sieht die Sache heute aus!

Hauptschuld an der ganzen Misere tragen die Politiker, die in Wiesbaden aber auch am Ort die Fusion gegen den Mehrheitswillen durchsetzten. Wäre vor dem 20. März nicht das infame gegenseitige Ausspielen von historisch gewachsenen Animositäten bei der „Bürgermeisterwahl" gewesen, dann hätte die SPD gemäß der Landestendenz auch hier die Quittung für ihr undemokratisches Vorgehen erhalten. So aber kam sie mit einem blauen Auge davon. Die Namensfrage aber brachte jetzt den gemeinsamen SPD-Ortsverein an den Rand der Spaltung.

Bei der Bevölkerung herrscht im allgemeinen die Meinung vor, „wenn die Ehe nicht klappt, dann reicht die Scheidung ein".

Das wäre tatsächlich auch die sauberste Lösung. Beide Städte könnten nach wie vor im kommunalen Bereich eng und freundschafltich zusammenarbeiten, ohne daß es notwendig wäre, ihre Selbständigkeit anzutasten.

Die ungeliebte Fusion und der blödsinnige Namen „Waldfelden" wurden gegen den Willen der Bevölkerung verordnet. Fordern wir von der Landesregierung, daß dieser undemokratische Akt aufgehoben wird. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

Die DKP wird jedenfalls in der nächsten Stadtverordneten-Sitzung den Antrag stellen: „Macht die Fusion rückgängig!"

rh

Wem dient die Streckenbegradigung?

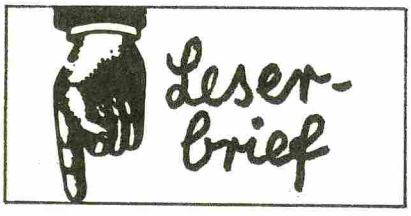
Ärger gibt es in Mörfelden mit der Bahn. Die Bundesbahntrasse, auf einem Hochdamm die Stadt durchschneidend, ist eine der meistbefahrensten Strecken der Bundesrepublik. Den Anwohnern dieses Geländestreifens ist der ständig steigende Lärm durch dichtere Zugfolge und größere Geschwindigkeiten der Züge nicht zur Gewohnheit geworden. Lärm, das weisen Fachärzte nach, bringt Gesundheitsprobleme. Außerdem treten immer mehr Schäden an den naheliegenden Häusern auf, da die Erschütterungen zunehmen.

Nun dringt die Bundesbahn auf die teilweise Begradigung des Krümmungsbildes im Mörfelder Gemarkungsbereich. Das heißt: Die Brücke Westendstraße / Rüsselsheimer Straße wird um zirka vier Meter verbreitert, etwa 200 Meter rechts und links der Brücke wird der Hochdamm aufgeschüttet, damit die Gleise wieder an die vorhandene Gleisanlage anschließen. Die Folge: Man kann noch schneller fahren und es gibt noch mehr Lärm. Heute werden bis 80 db (A) gemessen. Das sind die untersten Werte. Die Bundesbahn spricht selbst von einem zukünftigen Lärmpegel von 87 bis 88 db (A). Das Resultat dieser Baumaßnahme: Einen Zeitgewinn von einer Minute und Energie- und Materialeinsparung (ein Zug braucht nicht abgebremst und wieder beschleunigt werden). Den Anwohnern und den verantwortlichen Politikern stellt sich die Frage: Was hat Vorrang, das Interesse der Bahn oder das Ruhe- und Gesundheitsbedürfnis der Bürger? (Bei den Baumaßnahmen fiele außerdem ein Streifen Grünfläche und der Spielplatz weg). Können schallschluckende Maßnahmen ▶

(Zaun, Mauer, Doppelfenster) einen Kompromiß gegenüber der geplanten Streckenbegradigung bedeuten? Wer bezahlt diese Maßnahmen? Bodenerschütterung und Luftstau können damit aber nicht aufgefangen werden, sie erhöhen sich noch durch die höhere Geschwindigkeit der Züge. Ebenfalls muß bedacht werden, daß der Hochdamm in Zukunft auch noch die S-Bahn aufnehmen soll.

Um es klar auszudrücken: Wir sind nicht gegen eine moderne und sichere Bundesbahn. Wir wollen, daß der Nahverkehr entwickelt wird, dazu gehören niedrige Fahrpreise und eine häufige Zugfolge. Genau aber das Gegenteil macht die Bahn – die Karten für Arbeiter, Angestellte und Schüler werden teurer damit die supermodernen TEE-Züge oft nur mit wenigen Managern besetzt, durch die Gegend brausen können. Dafür braucht man letztlich auch die Streckenbegradigung in unserem Bereich.

Den Anwohnern der Bahnlinie gehört unsere Solidarität.



Trassenbegradigung der Bundesbahn

Es ist immer wieder erstaunlich, wie wenig Rücksicht die öffentlichen Arbeitgeber, in diesem Falle die Deutsche Bundesbahn, auf bürgereigene Interessen nehmen, wenn durch Rationalisierungsarbeiten Bürgerinteressen gestreift werden.

Egal, ob es im größeren Rahmen der Kernkraftwerksbau ist, oder im kleinsten, beispielsweise in Mörfelden, die genannte Trassenbegradigung.

Hier sollen nun, damit eine Zeitersparnis der Deutschen Bundesbahn erreicht werden kann, die Gleisanlage auf eine Länge von 400 Metern begradigt werden. Das bedeutet für die Anlieger, daß in Zukunft nach Willen der Deutschen Bundesbahn alle durchgehenden Züge mit 120 bis 160 km/h durch Mörfelden durchrauschen würden.

Addiert man diese erhöhte Lärmbelästigung zu den bereits vorhandenen dazu (Straßenverkehrslärm, Fluglärm), so erscheint es für die dort wohnenden Anlieger als der I-Punkt der bereits vorhandenen Lärmprobleme.

Die Anwohner werden sich natürlich dagegen wehren. Aber bestenfalls erreichen sie dadurch, daß die Deutsche Bundesbahn beiderseits der Bahnlinie Lärmschutzwälle errichtet. Dann hätten alle Anwohner endgültig ein Brett vorm Hirn.

Zu hoffen bleibt nur, daß die Stadt den Baugrund, den die Deutsche Bundesbahn zur Begradigung benötigt, nicht abgibt. Dann nämlich könnte man auf absehbare Zeit den Deutschen-Bundes-Bahn-Ausbau verhindern. Damit es bei den momentanen Bedingungen bliebe.

K. Kemmler, Feststraße 2

Das Laien-Tanz- und Gesangsensemble „Jugend des Kuban" aus Krasnodar (UdSSR) trat vor einem begeisterten Publikum im Bürgerhaus Mörfelden auf. Die DKP-Mörfelden setzte damit die Reihe ihrer künstlerischen Großveranstaltungen fort. Im Namen der Stadt Mörfelden begrüßte der 1. Stadtrat Bernhard Brehl die Gäste aus der Sowjetunion. Rudi Hechler betonte in der Begrüßungsansprache, daß es auf diesem Gebiet keine andere Partei gäbe, die in der Lage wäre, auch nur etwas ähnliches zu bieten.

Zahlreiche Bürger, darunter viele Mörfelder, forderten im ehemaligen Konzentrationslager Osthofen eine Gedenkstätte. Viele hundert Antifaschisten aus Hessen wurden in Osthofen gequält und gefoltert. 1933 verschleppten die Nazis allein fast 70 Mörfelder Arbeiter in dieses Lager. Die Mörfelder Naturfreunde, die SDAJ- und die DKP-Mörfelden legten in der Carlo-Mierendorff-Straße in Osthofen (genannt nach dem SPD-Widerstandskämpfer) Blumen nieder.

1. Mai in Mörfelden. Im gutbesetzten Bürgerhaussaal sprach Ulrich Huttenlocher von der Gewerkschaft Holz und Kunststoff. Er protestierte gegen die hohe Arbeitslosigkeit und forderte das Recht auf Arbeit. Während der Kundgebung und bei der anschließenden Demonstration (unser Bild) solidarisierte sich die Versammlung ausdrücklich mit der Forderung der Opel-Arbeiter nach der 35-Stunden-Woche.

Problem Lindenstraße

Die Lindenstraße. „Einfachstwohnungen für sozial Schwache", heißt das im Amtsdeutsch. Kinderreiche, Entwurzelte, verschuldet oder unverschuldet in Not Geratene. So ein Viertel wird schnell zum Ghetto. Man hat seinen Stempel. Die Kinder haben es oft noch schwerer als die Eltern. Man distanziert sich offen oder versteckt – sie, die am wenigsten dazu können, treten ein in den Teufelskreis, der oft mit Sonderschule und Arbeitslosigkeit beginnt und in der Kriminalität endet.
Um es vorweg zu sagen, es ist kein einfaches Problem. Und wir sagen auch nicht, die Gesellschaft ist an allem schuld. Aber, es gibt auch Versäumnisse. Versäumnisse der Stadt, Versäumnisse einer „Ordnung" in der Lack und Chrom so viel gilt, und die Menschen vergessen werden.

Ende April besuchte die Mörfelder DKP und ihre Stadtverordneten das Wohngebiet Lindenstraße im Süden der Stadt. Man teilte sich in Gruppen, um möglichst alle Wohnungen in den stadteigenen Wohnblocks aufsuchen zu können. Mit den meisten Bewohnern, auch mit den Besitzern und Mietern der anliegenden Häuser, wurden ausgiebige Gespräche geführt.
Es bestätigte sich, daß die DKP-Stadtverordneten recht hatten, als sie vor Jahren gegen den Bau von zwei weiteren Wohnblocks mit „Einfachstwohnungen" in der Lindenstraße stimmten.
Ein Teil der Bewohner hat mit großem Fleiß und viel Eigenhilfe die unzulänglichen Behausungen wohnbar gemacht. Einige schaffen es nicht, was auch schwer ist, wenn man bedenkt, daß die zum Teil verbauten Wohnungen oft feucht sind und meist keinen Deckenverputz haben.
Viele Treppenhäuser gleichen dunklen Höhlen, viele sind seit 1964 nicht gestrichen, ebenso lange wurde an einigen Wohnungen seit Jahren nichts renoviert. In den Blocks leben überdurchschnittlich viel Kinder, die unverschuldet in einem zum Teil unverantwortlichen Milieu aufwachsen.
Ein Teil der Bewohner der Nachbarhäuser, die ständig die Probleme vor Augen haben, klagen darüber, daß zahlreiche Kinder den ganzen Tag unbeaufsichtigt sind. Auch die Klagen dieser Anwohner sind sicher berechtigt.
Bei unserem Besuch und den Gesprächen erhielten die DKP-Stadtverordneten zahlreiche Anregungen und Hinweise, die sie an den Magistrat der Stadt herantragen werden.

- So kann man mit relativ wenig Mitteln mehr „Grün" in den Straßenbereich bringen, das ist möglich vor den Wohnblocks und im Bereich der Parkplätze.
- Man muß die Außenanlagen verbessern. Dazu gehört das Anlegen von Rasen und die Initiierung kleiner Pflanzgärten.
- Bei einer Reihe von Häusern muß die Außenbeleuchtung in Ordnung gebracht werden. Die Stangen zum Anlehnen der Fahrräder am Haus Nr. 9 bis 11 müssen neu befestigt werden.
- Notwendig ist die Errichtung von Einfriedigungen und Toren.
- Eine Reihe von Wohnungen und Treppenhäusern muß sofort renoviert werden.
- Die Stadt muß mit der Betreuung der Kinder durch einen Sozialarbeiter beginnen. Eine Hausaufgabenhilfe müßte organisiert werden. Es zeigt sich gerade hier, wie notwendig der Ganztags-Kindergarten ist.
- Besonders für den Winter erscheint die Errichtung einer Spielstube notwendig.
- Es darf kein weiterer Zuzug in diese Wohnungen erfolgen.

Durch unsere Aktivitäten wurde der Magistrat aufgeschreckt. Erste Hilfsmaßnahmen wurden bereits eingeleitet. Darüber freuen wir uns. Doch es muß noch mehr geschehen. Deshalb unsere Vorschläge.

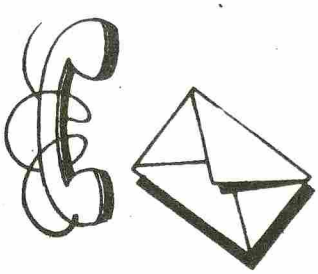
Kommunalpolitiker der DKP-Mörfelden im Gespräch mit Bürgern in der Lindenstraße

Das sind die Stadtverordneten der DKP

Rudi Hechler
Mörfelden, Hochstraße 22
Telefon: 2 23 62

Lorenz Pons
Walldorf, Waldenserstraße 4
Telefon: 7 42 87

Heinz Hechler
Mörfelden, Ellenbogenstraße 8
Telefon: 33 35



Schreiben Sie ihnen oder rufen Sie einfach an, wenn Sie Probleme haben, die im Parlament behandelt werden sollten. Selbstverständlich können Sie auch jeden DKP-Stadtverordneten auf der Straße ansprechen oder besuchen.

Macht das Tor auf!

Alle Jahre wieder warten die Mörfelder Bürger auf das Öffnen des Waldschwimmbades. Seitdem vor ein paar Jahren eine Heizanlage installiert wurde und das Wasser auf 24 Grad geheizt werden kann, sollte man doch den Badefreudigen die Pforten früher öffnen. Sicher ist der 1. Mai, der geplante Öffnungstag, trüb und kühl gewesen, doch schon einen Tag später schien die Sonne und die folgende Woche brachte schon sommerliche Temperaturen. Andere Freibäder in unserer Umgebung hatten schon geöffnet, obwohl teilweise nicht beheizt. Auch ist festzustellen, daß die notwendigen Reparaturarbeiten an den Schwimmbadanlagen jedes Jahr sehr spät in Auftrag gegeben und ausgeführt werden, die auch schon einen Eröffnungstermin verzögerten. Man sollte meinen, daß Ausbesserungsarbeiten schon bei der Schließung des Bades im Herbst festgestellt und in Auftrag gegeben werden könnten.
Allen Badelustigen wünscht die DKP einen warmen und langen Sommer und einen angenehmen Aufenthalt im Mörfelder Waldschwimmbad und empfiehlt, auf Sauberhaltung der Anlagen zu achten.

Ein Baustopp für Kernkraftwerke ist notwendig

Als Alternative zu dem Kernkraftwerksprogramm der Konzerne und der Bundesregierung fordert die DKP eine stärkere Nutzung der heimischen Energiequellen und den verstärkten Bau von Kohlekraftwerken.
Die DKP ist für die friedliche Nutzung der Atomenergie. Aber solange nicht die Sicherheit und die demokratische Kontrolle für den Bau kerntechnischer Anlagen in der Bundesrepublik gewährleistet sind, fordert die DKP den Baustopp für Kernkraftwerke und anderer kerntechnischer Anlagen.
Unabdingbare Voraussetzungen für den Bau von Kernkraftwerken:

- keine Gefährdung von Beschäftigten und Bevölkerung;
- keine Gefährdung der natürlichen Umwelt;
- demokratische Kontrolle von Plan, Bau und Betrieb durch die Bevölkerung und ihre Organisationen, durch die Belegschaften und ihre Gewerkschaften;
- der Nachweis für die Notwendigkeit des Kernkraftwerkes, d.h. auch dafür, daß das entsprechende Stromaufkommen nicht durch Kohle oder andere Energiequellen gesichert werden kann.

Da diese Voraussetzungen gegenwärtig in der Bundesrepublik eindeutig nicht erfüllt sind, wendet sich die DKP mit Entschiedenheit gegen die Pläne der Bundesregierung und Landesregierungen sowie der Atomindustrie, den Bau von Kernkraftwerken gegen den Willen der Bevölkerung fortzusetzen.
Die DKP tritt außerdem entschieden für folgende Maßnahmen ein:

- Die Realisierung einer effektiven demokratischen Kontrolle und Mitbestimmung ist im Bereich der Atomwirtschaft von besonderer Bedeutung. Um jede Umgehung des Kernwaffensperrvertrages und der besonderen Verpflichtung der Bundesrepublik, keine Kernwaffen herzustellen und zu besitzen, zu verhindern, muß die gesamte atomwirtschaftliche Tätigkeit der Bundesrepublik im In- und Ausland klar durchschaubar sein.
- Angesichts der überragenden Bedeutung öffentlicher Mittel in der Atomwirtschaft, angesichts der schwerwiegenden Sicherheits- und Umweltprobleme, die die Anwendung der Kernenergie aufwirft, widerspricht die am Profit orientierte Tätigkeit privater Monopole in diesem Bereich zutiefst den Interessen der arbeitenden Bevölkerung unseres Landes.
Die gesamte Atomwirtschaft muß daher bei demokratischer Kontrolle verstaatlicht werden.

Die Einheit bringt Erfolge!

Auf Einladung des Zentralkomitees der Französischen Kommunistischen Partei (FKP) befand sich der DKP-Fraktionsvorsitzende Rudi Hechler auf einer Studienreise in Frankreich.
Die fünfköpfige Parlamentariergruppe aus der Bundesrepublik wurde vom Zentralkomitee der FKP in Paris empfangen. Sie führte Gespräche mit Kommunalpolitikern aller Ebenen, mit vielen Bürgermeistern und Mitgliedern der Nationalversammlung. In Grenoble führte die Delegation ein langes Gespräch mit Stadtverordneten der Sozialistischen Partei.
Rudi Hechler, der auf einer öffentlichen DKP-Veranstaltung am 18. Mai über diese Studienreise berichten wird, sagte nach seiner Rückkehr u.a.:
„Es sieht so aus – und Kommunisten und Sozialisten in Frankreich sind zuversichtlich –, daß es im Frühjahr 1978 in Frankreich eine Linksregierung geben wird. Schon jetzt hat allein die FKP 25.000 gewählte Abgeordnete und 1.500 Bürgermeister. Schon jetzt leben in Frankreich zehn Millionen Menschen in Gebieten mit freigewählten kommunistischen Verwaltungen.
Das gemeinsame Regierungsprogramm der FKP und der Sozialistischen Partei vom 27. Juni 1972 trägt jetzt seine Früchte. Durch das einheitliche Handeln der beiden großen Arbeiterparteien (FKP mit 600.000 Mitgliedern, die Sozialisten mit 120.000 Mitgliedern) sind diese Erfolge möglich geworden."
Die DKP-Mörfelden lädt alle interessierten Bürger herzlich ein, die öffentliche Versammlung am 18. Mai (20.00 Uhr, Bürgerhaus) zu besuchen, wo Stadtverordneter Rudi Hechler über seine Studienreise berichten wird.
Der „blickpunkt" wird in mehreren Folgen einige Aspekte dieser interessanten Reise vorstellen (unser Bild: Rudi Hechler mit Reiseteilnehmern und dem Bürgermeister von Grigny, einer 30.000-Einwohner-Stadt vor den Toren von Paris.).

Beendet das Wettrüsten

Den folgenden Aufruf des „Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit" haben in der Bundesrepublik bereits über 10.000 Persönlichkeiten unterschrieben. Unterstützen auch Sie diese große Abrüstungsinitiative. Beteiligen Sie sich an der großen Kundgebung in Frankfurt. Vom Mörfelder Rathausplatz fährt am 21. Mai 1977 um 10 Uhr ein Bus nach Frankfurt.

Die Einstellung des Wettrüstens ist dringlichstes Gebot unserer Zeit. Auf allen Kontinenten drängen Millionen von Menschen mit unterschiedlichen Weltanschauungen und politischen oder religiösen Überzeugungen, Gewerkschafter, Kirchenvertreter, Politiker und Wissenschaftler auf seine Beendigung. Sie fordern, mit der Abrüstung zu beginnen, damit die Menschheit ihre dringenden Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben bewältigen kann.

Denn das Wettrüsten schafft keine Sicherheit, sondern bedroht den Weltfrieden und gefährdet Entspannung und Verständigung.

Es verhindert soziale Sicherheit, Reformen und einen wirksamen Kampf gegen Hunger, Elend, Krankheit und Armut.

Niemand kann sich auf Dauer die Fortsetzung des Wettrüstens leisten. Unsere Welt braucht ein Gleichgewicht des Vertrauens und nicht des Schreckens, braucht Zusammenarbeit und nicht Konfrontation.

Neue Möglichkeiten sind entstanden.

- Die gesamteuropäische Konferenz von Helsinki und die Verträge zwischen Ost und West zeigen, daß man sich trotz unterschiedlicher politischer Positionen über wichtige Fragen einigen kann.
  Ab 15. Juni 1977 beraten in Belgrad Vertreter der 35 Signatarstaaten der KSZE in Helsinki, wie der Entspannungsprozeß jetzt gefestigt und fortgesetzt werden kann.
- Zwischen den USA und der UdSSR wurden ein Abkommen über die Verhütung eines Atomkrieges und erste Vereinbarungen zur Begrenzung der strategischen Rüstung getroffen. Sie erklären, daß es im Atomzeitalter keine Alternative zur friedlichen Koexistenz in ihren Beziehungen zueinander geben kann.
- Die überwältigende Mehrheit der Staaten in den Vereinten Nationen fordert, eine Weltabrüstungskonferenz einzuberufen, den Waffenexport zu stoppen und die Herstellung neuer Massenvernichtungswaffen, den militärischen Mißbrauch der Umwelt, alle Atomwaffentests und die chemischen Waffen zu verbieten. Sie fordert daß die großen Militärmächte ihren Rüstungsetat um zehn Prozent senken und die freiwerdenden Gelder für soziale Reformen und den Kampf gegen Hunger und Elend in der Welt einsetzen.
- In Wien verhandeln 19 Staaten aus Ost und West über die Verringerung der Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa. Es ist vorgeschlagen, daß alle Staaten zunächst für die Dauer der Verhandlungen ihre Rüstungshaushalte nicht erhöhen.

Alle bisherigen Erfahrungen machen deutlich, daß Übereinkommen möglich sind, wenn keine einseitigen Vorleistungen verlangt und die Fragen in den Vordergrund gestellt werden, die im allseitigen Interesse liegen und lösbar sind.

Unser Land kann durch Entspannung und Abrüstung nur gewinnen. Es steht vor der Entscheidung:

- Entweder werden die Rüstungsausgaben eingefroren oder Inflation und Haushaltskrise verschärfen sich;
- entweder werden mit eingesparten Rüstungsgeldern neue Arbeitsplätze geschaffen, demokratische Reformen ermöglicht, mehr soziale Sicherheit gewährleistet, der Umweltschutz, das Bildungs-, Gesundheits- und Verkehrswesen verbessert oder die dafür benötigten Steuergelder werden für immer mehr Rüstung und neue Waffensysteme vergeudet;
- entweder wird der Wildwuchs der Rüstung beseitigt oder wirtschaftlicher und politischer Machtzuwachs der Rüstungsindustrie und reaktionärer Generale gefährden zunehmend die Demokratie.

Der Kurswechsel zur politischen Entspannung wurde erfolgreich eingeleitet. Jetzt muß ein Durchbruch zur militärischen Entspannung folgen. Die ungezügelte Fortsetzung des Wettrüstens nutzt allein den Gegnern der Entspannung. Sie nutzt allein denen, die am Wettrüsten verdienen, die deshalb Konfrontation nach innen und außen verschärfen, die alte Vorurteile schüren, mit Feindbildern des Kalten Krieges die Aufrüstung rechtfertigen und damit Frieden, Demokratie und Fortschritt aufhalten.

Wir fordern den Stopp des Wettrüstens:

- **Keine weitere Erhöhung des Rüstungshaushaltes und Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte;**
- **einen konstruktiven Beitrag für die Wiener Verhandlungen über die Verringerung von Truppen und Rüstungen in Mitteleuropa;**
- **die Rüstung entsprechend den UNO-Resolutionen zunächst um zehn Prozent zu senken, um die freiwerdenden Gelder für wirtschaftliche und soziale Aufgaben bei uns und in den Entwicklungsländern zu verwenden.**

Wir appellieren an alle Bürger unseres Landes, sich tatkräftig einzusetzen für die Einstellung des Wettrüstens in Ost und West.

Wir rufen auf, dafür einzutreten, daß der Rüstungshaushalt der Bundesrepublik nicht weiter erhöht wird.

Wir rufen auf, mitzuarbeiten in Abrüstungsinitiativen und teilzunehmen an den Demonstrationen.

Kommt zur Kundgebung!

Am 21. Mai findet die große Abrüstungs-Demonstration in Frankfurt statt.
Teilnehmer aus Mörfelden und Walldorf fahren mit dem Bus.
Abfahrt: 10 Uhr, Rathausplatz, Mörfelden.

Unterschreibt den Aufruf!

Viele hundert Bundesbürger unterschreiben zur Zeit täglich den Aufruf: „Beendet das Wettrüsten!" Unterschreiben auch Sie!

Zustimmungserklärung bitte senden an:
Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, Vorgebirgsstraße 115, 5000 Köln 51
Ich/Wir unterstütze/unterstützen den Aufruf zur Demonstration am 21. Mai 1977 in Bremen, Essen, Frankfurt und München.

Name: _____

Anschrift: _____

Beruf/Funktion: _____
(nur zur Information)

Datum _____

Unterschrift _____

Kommt zum Presse-Fest!

UZ

Auf nach Recklinghausen!

Schadet Abrüstung der Wirtschaft?

Abrüstung bringt keine wirtschaftlichen Schäden – und wenn die Rüstungspolitiker dies zehnmal behaupten. Die Tatsachen sprechen dagegen.
Eine solche Tatsache ist, daß in den meisten kapitalistischen Ländern die Rüstungsausgaben wachsen wie nie zuvor und dabei stecken gerade diese Länder in der tiefsten wirtschaftlichen Krise seit den dreißiger Jahren.
Oder diese Tatsache: Wo die Rüstungsausgaben in den letzten Jahren am höchsten waren, sank der Anteil an der Industrieproduktion der kapitalistischen Staaten – nämlich in den USA und in Großbritannien.
Die USA haben niemals in ihrer Geschichte so viele Mittel für die Rüstung ausgegeben wie in den letzten dreißig Jahren – und niemals sank ihr Anteil an der Weltwirtschaft so stark wie in dem gleichen Zeitraum.
Die Behauptung, Militärausgaben regten die Wirtschaft an, ist durch Tatsachen längst widerlegt.
Abrüstung aber macht Mittel frei, die für gewaltige notwendige Gemeinschaftsaufgaben eingesetzt werden könnten, die nun wirklich einen Aufschwung anregen und Arbeitsplätze schaffen würden.

Pfingstzeltlager

vom 28. bis 30. Mai 1977 in Marburg/Lahn.
Für Kinder im Alter von 6 bis 14 Jahren.
Kosten: 25,00 DM.

Kinderferienfahrt in die DDR

Vom 10. bis 24. August 1977
Für Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren.
Kosten: 60,00 DM

Anmeldungen bei:
Ilona Feutner
Liebknechtstraße 1
6082 Mörfelden

Abrüstung bringt Arbeitsplätze

Rüstung schafft Arbeitsplätze? Sicher, es arbeiten Menschen, um Rüstungsgüter herzustellen. Das stimmt.
Aber darum geht es nicht. Die Frage ist: Was schafft mehr Arbeitsplätze – zivile oder militärische Produktion?
Jüngste Untersuchungen amerikanischer Experten haben folgendes ergeben:
Eine Milliarde Dollar schaffen

- für militärische Zwecke 30.000 bis 35.000 Arbeitsplätze;
- für zivile industrielle Zwecke 50.000 bis 80.000 Arbeitsplätze;
- für den nichtmilitärischen Staatsdienst 130.000 Arbeitsplätze.

Die Rüstungsindustrie ist hochrationalisiert, so daß dort die Milliarden versikkern, ohne die Zahl von Arbeitsplätzen zu sichern, die mit dem gleichen Geld in anderen Industriezweigen geschaffen werden könnten.
Abrüstungsmaßnahmen gefährden also keine Arbeitsplätze. Mit den freiwerdenden Mitteln können weit mehr Arbeitsplätze geschaffen werden.

Doppelzüngig

Sie wollen – je nach Bedarf – beweisen, daß die Sowjetunion mehr rüstet als die NATO – immer dann, wenn sie mehr Steuergelder für die Rüstung lockermachen wollen. Und dann müssen sie – wieder je nach Bedarf – die Überlegenheit der NATO nachweisen – sonst würden die Menschen ja fragen, warum die Sowjetunion uns *nicht überfällt*, wie es ihnen täglich mehrmals eingeredet werden soll.
Minister Leber macht das seit Jahren so:
Am 9.12.1975 sagte er im Planungsausschuß der NATO: „Die industrielle Rüstungskapazität des Ostblocks ist fünfmal so groß wie die der NATO-Staaten."
Am 15.1.1976 – also sechs Wochen später – sagte er im Bundestag: „Die Bundesregierung ist nicht der Auffassung, daß das militärische Kräfteverhältnis ... zum Nachteil des Westens aus der Balance geraten sei."
Mit der Wirklichkeit und der Wahrheit hat eine solche Politik nichts zu tun.
Halten wir uns an die Wahrheit – und das ist die Abrüstungsbereitschaft der Sowjetunion, das sind die Abrüstungsvorschläge der sozialistischen Staaten, das ist die Forderung nach Abrüstung, die auch in unserem eigenen Land immer stärker erhoben wird.

Gretchen frage

Wie haltet Ihr es mit der DKP? Das ist die meistgestellte Frage der letzten Zeit.
Die Jungsozialisten sind von ihrer Parteispitze an- und zurückgepfiffen worden, weil sie an einer Abrüstungsdemonstration teilnehmen wollten. Für Abrüstung sind auch die Kommunisten.
Die Jungdemokraten stehen unter dem gleichen Druck.
An den Universitäten denunziert der Studentenverein der CDU/CSU jede Zusammenarbeit mit den Interessenvertretern der studentischen Jugend, dem MSB Spartakus.
Spitzelei in den Betrieben, Hetze gegen die Bürgerinitiativen, Stänkerei bei jeder Regung der Bevölkerung, wenn's um deren Interessen geht.
Und in jedem Falle geht's um die Gretchenfrage: Wie haltet Ihr es mit den Kommunisten?
Wie kommt das?
Das gemeinsame Handeln ist nicht die Erfindung der DKP. Aktionseinheit und gemeinsames Handeln – so lehren Geschichte und Erfahrung – sind eine Notwendigkeit!
Wenn Arbeitsplätze zu verteidigen sind,
wenn es gegen die Profitpolitik mit Atomkraftwerken geht,
wenn Abrüstungsschritte möglich geworden und als notwendig erkannt worden sind,
wenn es um Menschenrechte geht und gegen verfassungswidrige Berufsverbote,
wenn Lehrstellen erkämpft werden müssen und eine bessere Berufsbildung –
es sind die gemeinsamen Interessen, die Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Parteilose, Liberale und Gewerkschafter zwingen, gemeinsam zu handeln. Da helfen Verbote nichts. Sie schaffen das Problem nicht aus der Welt. Die Probleme schafft der Kapitalismus. Und die Mitglieder der DKP sind konsequent bereit, mit allen Menschen gemeinsam zu kämpfen, um die Probleme zu lösen.

Stärkt die **DKP**

werde Mitglied!

LESER BRIEF

Bodo Sutor, Mörfelden, Langener Str. 84 schrieb der DKP. Wir veröffentlichen seinen Brief, leicht gekürzt.

Für was gibt es das Gewerbegebiet?

Glaubte ich anfänglich an einen Aprilscherz, so ist jetzt doch in der Langener Straße 82 ein Autoabstellplatz unmittelbar neben meiner Wohnung, Wirklichkeit geworden. Hat meine Wohnung an der Kreuzung B 44 / B 486 wegen des ständig zunehmenden Autoverkehrs bis jetzt auch eine stetige Wohnwertminderung erfahren, so war sie trotz der Belästigungen durch Straßen-, Fluglärm und Luftverunreinigung noch bewohnenswert. Bedenkt man nur einmal, daß die Langener Straße von der Kreuzung B 44 / B 486 in Richtung Langen der Autobahnanbindung dient, daß sich bereits in der Nachbarschaft meiner Wohnung zwei Tankstellen mit Autoreparaturbetrieb sowie ein Autoan- und verkaufsunternehmen befinden, darüber hinaus noch ein Kunststoffverarbeitungsbetrieb besteht, so kann man sich hoffentlich auch als Unbeteiligter gut vorstellen, welche künstlich erzeugten Geräusche und Gerüche (Abgase) eine Familie in diesem Wohngebiet gesundheitlich zu verkraften hat. Kurz, die Umweltbelastung hat in dieser Ecke einen Höchstgrad erreicht. Offensichtlich scheint es aber kein Wohngebiet mehr zu sein, denn sonst hätte man sicherlich von seiten der Gemeinde oder des Landkreises einem Autovermietungsunternehmen das Abstellen von vielen Autos unmittelbar neben einem Wohnhaus nicht gestatten dürfen, zumal sich das etwas weiter entfernte anschließende Industriegebiet als sicherlich richtigeren Standort erwiesen hätte.
Ich protestiere ganz energisch gegen das weitere ständige Abstellen von Kraftfahrzeugen auf dem Nachbargrundstück in unmittelbarer Nähe meine Wohnung, weil ich infolge der vermehrt entstehenden Luftpolution für die Gesundheit meiner Familie Sorge tragen muß. Nicht einmal mehr während der Nacht, wenn der Autoverkehr nachläßt, könnten wir unsere Wohnung lüften und müßten darüber hinaus höchstwahrscheinlich noch das Gebell eines Wachhundes ertragen. Es ist mir daher gänzlich unverständlich, welches Amt das Abstellen einer Autoflotte in einem Wohngebiet unmittelbar neben einer Wohnung genehmigt. Ich hoffe, in dieser Angelegenheit nicht nur für mich, sondern auch für andere Anlieger zu sprechen. Daher bitte ich das zuständige Gemeinde- bzw. Landratsamt ganz eindringlich, die Verhältnisse in dieser Gegend so zu klären, daß nicht plötzlich aus einer Wohngegend noch ein gemischtes Wohn-, Gewerbe- und Industriegebiet in Mörfelden entsteht, mit dem schließlich keinem der Anlieger gedient ist.

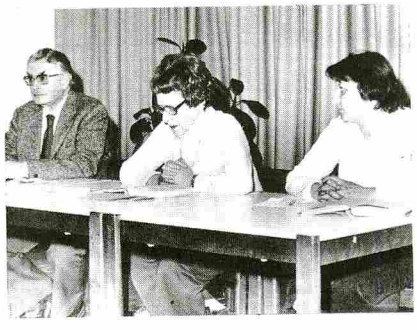
Einladung zur öffentlichen Diskussion.

Stadtverordneter Rudi Hechler berichtet über die

Erfahrungen der FKP

am Mittwoch, dem 18. Mai 1977, um 20 Uhr im Bürgerhaus Mörfelden

Der „blickpunkt" erhielt einen Kartengruß aus Moskau. Frau Zwilling, die Gewinnerin des „blickpunkt"-Quiz vom vergangenen Jahr, war die Absenderin. Wir bedanken uns für die Aufmerksamkeit.



Autorenlesung beim Arbeitskreis Frauenpolitik der DKP-Mörfelden. Die Schriftstellerin Dora Schaul (Mitte) las aus dem Buch „Resistance".

Verantwortlich: Rudi Hechler, Hochstraße 22, 6082 Mörfelden; Druck: Eigendruck